

B e s c h l u s s a n t r a g der FPÖ - Gemeinderäte Wolfgang Seidl, Veronika Matiasek und Maximilian Krauss, MA, betreffend „Heizkostenzuschuss für die Periode 2022/2023“, eingebracht in der Sitzung des Gemeinderates auf Verlangen am 23. September 22 zu „Der Bund zahlt aus, Wien nimmt es raus – Stadt Wien greift eiskalt in die Taschen der Menschen! SPÖ-NEOS-Stadtregerung muss drohende Gebührenerhöhung aussetzen!“

Die steigenden Lebenshaltungskosten bereiten der Wiener Bevölkerung große Sorgen. Die Teuerung ist der absolute Spitzenreiter und kommt noch vor Gesundheit und Pflege, dem Klima und sonstigen Themen.

Ein zentraler Preistreiber für diese alarmierende Entwicklung ist ein massiver Anstieg der Großhandelspreise bei Strom und Gas. Diese Preissteigerungen gehen nun unvermindert weiter in die Höhe und es wird breiten Bevölkerungsschichten nicht mehr möglich, diese Kosten zu bedecken, ohne ihre Existenz zu gefährden. Ein von der EU angestrebtes Öl und Gasembargo gegen Russland wird die Situation weiter verschärfen. Die Energieversorger gehen aber noch einen Schritt weiter und erhöhen exorbitant alle ihre Tarife, da sie diese an dem sog. Merit – Order - Prinzip orientieren. Dieses bestimmt die Einsatzreihenfolge der Kraftwerke. Der Strompreis wird dabei von dem Kraftwerk mit den höchsten Grenzkosten, das aktiv ist, bestimmt. Diese Merit – Order könnte so wie in der Schweiz bereits erfolgt von den zuständigen Bundesministern per Verordnung geändert werden, passiert aber nicht.

Infolge dieser Entwicklung kommen auf einen Wiener Einfamilienhaushalt Mehrausgaben von vielen hundert Euro und mehr zu, Tendenz weiter steigend. Um hier entgegenzuwirken, braucht es eine Wiedereinführung und eine Erhöhung des Heizkostenzuschusses.

Die gefertigten Gemeinderäte stellen daher gemeinsam mit den Mitunterzeichnern gemäß § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat der Stadt Wien nachfolgenden

B e s c h l u s s a n t r a g

Der Wiener Gemeinderat fordert

A) den zuständigen amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe „Soziales, Gesundheit und Sport“ auf,

1. einen Heizkostenzuschuss in Höhe von 300 Euro einzuführen und
2. die Obergrenze des Haushaltseinkommens als Voraussetzung für den Heizkostenzuschuss auf 3.000 Euro zu erhöhen.

B) die zuständigen Bundesminister auf, umgehend das Preisbildungssystem (Merit – Order) im Sinne einer Strompreissenkung zu ändern.

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung dieses Antrages beantragt.